

Bericht der Superintendentin für die Kreissynode Wied am 06. 11. 2004

1. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon ... – Zur befreienden Kraft des 1. Gebots

Der Bericht, den ich Ihnen, verehrte Hohe Synode, liebe Gäste, heute vorlege, wird an vielen Stellen das Thema Geld berühren. Die zurückgehenden finanziellen Mittel und die in der Folge engeren Handlungsspielräume der Gemeinden, damit auch des Kirchenkreises und der Landeskirche bestimmen das Tagesgeschäft, ob wir wollen oder nicht. Darin unterscheiden wir uns in der Kirche nicht von der Gesellschaft, zu der wir gehören. Auch um uns herum müssen Menschen die Gürtel enger schnallen. Das soziale Netz wird weitmaschiger. Wir haben allen Grund zu der Befürchtung, dass bald viele durch die Maschen fallen und auf einem harten Boden landen. Die wirtschaftlichen Bedingungen haben sich verschärft. Stellenstreichungen in Größenordnungen von Tausenden werden beinahe täglich von irgendeinem großen Wirtschaftsunternehmen angekündigt. Viele von Ihnen werden betroffene Menschen und Familien kennen. Und vielleicht erleben Sie auch im unmittelbaren familiären Umfeld die Bitterkeit von Stellenverlust und vergeblicher Stellensuche. Niemand kann und niemand darf an dieser bedrängenden Wirklichkeit vorbeisehen.

Aber sicher wäre es – jedenfalls unter uns in der Kirche - auch kein guter Umgang mit der Lage, wenn wir der Kirche nun gebannt auf die schwindenden Finanzmittel hinsehen und daran das Wohl und Wehe unserer Arbeit festmachen wollten. Schon ein Blick auf die Kirchen außerhalb der Grenzen Deutschlands kann unseren Blick erden und uns nüchtern machen. Überall, wo Kirchen ohne das System der Kirchensteuern haushalten, haben sie schon immer mit wesentlich geringeren Mitteln auskommen müssen – und sind trotzdem (oder vielleicht: deswegen?) Kirche Jesu Christi, Salz der Erde, Licht der Welt. Es kann durchaus sein, dass die fetten Jahre, die hinter uns liegen, uns durch den Geldsegen in mancher Hinsicht eine unrealistische Sicht der Welt und des Lebens beschert haben, von der wir jetzt geheilt würden. Das durch den materiellen Reichtum möglich gewordene Engagement der Kirchen in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens war in der Vergangenheit jedenfalls kein Beweis ihrer Lebendigkeit. Die abnehmenden Mittel und die damit womöglich auch entfallenden Arbeitsbereiche bedeuten nicht das Ende ihrer Lebendigkeit.

Ein Blick auf die Anfänge des christlichen Glaubens kann uns dabei ermutigen. Wir wissen, Jesus hat – gerade auch verglichen mit anderen biblischen Stimmen - eine erschreckend kritische bis ablehnende Haltung dem Geld und materiellem Reichtum gegenüber eingenommen. Hinter seinem Seufzer „Wie schwer kommen die Reichen ins Reich Gottes“ (Lukas 18,24) steckt die bittere Erfahrung, dass Reichtum dem Blick gefangen nimmt, das Herz fester als eine Betonmauer gegen andere abschließt und Menschen stärker als jedes Erziehungskonzept prägt und formt. Mit dem Satz „Kein Knecht kann zwei Herren dienen, ... ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“ (Lukas 16,13) hat er die wohl radikalste Auslegung des 1. Gebots vorgelegt, die sich denken lässt. Wir verstehen solche Sätze in der Regel als Warnung an diejenigen, die viel besitzen. Das ist aber eine gefährliche, weil irreführende Verkürzung. Denn natürlich werden Menschen, auch wenn sie wenig oder keinen Besitz haben, vom Geld beherrscht. Natürlich ergeben wir uns auch und gerade, wenn wir gebannt und depressiv auf die Finanzen sehen, der Herrschaft des Mammon.

Ich hoffe, das klingt nicht so, als würde ich dem Leichtsinn das Wort reden. Ich bin davon überzeugt, dass wir uns mit großer Ernsthaftigkeit und Nüchternheit darauf einstellen müssen, dass nicht nur in unserer Gesellschaft, sondern auch in unserer Kirche tiefgreifende Veränderungen anstehen. Aber in diesen spannungsvollen Prozessen haben wir keinen Grund zu resignierter Depression. Wir haben allenfalls Grund zu der Frage, ob wir und wie wir die befreiende Kraft des 1. Gebots für unsere Zeit richtig verstehen und richtig weitergeben. „Ich bin der HERR, dein Gott, der ich dich aus Ägypten, dem Sklavenhaus befreit habe. Du sollst (und du brauchst) keine anderen Götter haben neben mir.“ In unserem Teil der Welt leben Christenmenschen unter dem Schutz stattlich garantierter bürgerlicher Freiheiten. Um so ernster sollten wir die Warnung Jesu hören, dass die Macht des Geldes eine Gegenmacht zum Gott der Befreiung ist, dass dieser Gegen-Gott Herzen und Hände, Gedanken und Gefühle besetzen und uns das Vertrauen in Fürsorge dessen nimmt, der Himmel und Erde gemacht hat, der Bund und Treue unverbrüchlich hält und das Werk seiner Hände nicht aufgibt.

Ich wünsche mir, dass Sie alles Folgende unter diesem Vorzeichen hören.

2. Landeskirche

2.1. Schließung des Pastorkollegs

Ende Juli dieses Jahres wurde das Pastorkolleg der Evangelischen Kirche im Rheinland nach Wuppertal verlegt und das Haus Hermann zu Wied in Rengsdorf geschlossen – gemäß Beschluss der Landessynode 2003, der die Zusammenfassung verschiedener Einrichtungen der Landeskirche zu einem Theologischen Aus- und Fortbildungszentrum in Wuppertal vorsieht. Zum Zeitpunkt der Schließung wurde nur noch für eine Mitarbeiterin eine Anschlussmöglichkeit gesucht, alle anderen sind mit einer Arbeitsstelle oder dem Ruhestand versorgt. Wenn im Mai Frau Gims in die Altersteilzeit geht, wird Frau Stertz, die Sekretärin des Pastorkollegs die Arbeit in der Superintendentur aufnehmen. Zur Zeit hospitiert sie bei Frau Gims, um sich mit den neuen Aufgaben vertraut zu machen. Für die Immobilie zeichnet sich bis jetzt noch keine neue Nutzung ab.

Der Pfarrkonvent des Kirchenkreises hat auf seine Art Abschied genommen. Im Januar waren wir zu einem viertägigen Kolleg im Haus Hermann. Unser Thema war die Geschichte des Kirchenkreises Wied, bei weitem nicht umfassend natürlich, nur in Auszügen, aber immerhin. Es gab Begegnungen mit prägenden Menschen: Johannes Graeber, Gerhard Petry, vorgestellt von früheren Pfarrerkollegen. Es gab kundige Führungen in einigen schönen Kirchen und eine in der Stadt Neuwied.

2.2. Prioritätendiskussion in der Landeskirche

Im Januar 2005 wird die Landessynode in Bad Neuenahr die nächste Runde der landeskirchlichen Sparbemühungen einläuten. Die zurückgehenden Einnahmen machen weitere Einschnitte in den landeskirchlichen Leistungskatalog erforderlich. Zusammenlegungen reichen nicht mehr aus. Es wird jetzt um Erhalt oder Aufgabe von Arbeitsfeldern, also um den Verzicht auf Angebote gehen. Für den Prozess der Entscheidungsfindung hat die Kirchenleitung Leitfragen formuliert, die an die Ausschüsse, Ämter und Werke weitergeleitet wurden. Sie machen die Richtung der Veränderungen deutlich, deshalb will ich Sie Ihnen vortragen.

1. Was soll die landeskirchliche Ebene zukünftig in den Bereichen Aufsicht, Dienstleistung und Trägerschaft von Einrichtungen leisten?
2. Sind grundlegende Veränderungen im Arbeits-, Besoldungs- und Versorgungsrecht erforderlich? Wenn ja, welche?
3. Sind Veränderungen in unserer presbyterial-synodalen Ordnung erforderlich, um die Leistungs- und Funktionsfähigkeit von Kirchengemeinden, Kirchenkreisen und der Landeskirche zukünftig sicherzustellen? Wenn ja, welche?

2.3. Grenzen des presbyterial-synodalen Systems

Mit der letzten Frage ist ein Problem angesprochen, über das wir im vergangenen Jahr unter einem anderen Gesichtspunkt bereits gesprochen haben. Unsere Ordnung sieht vor, dass Gemeinden, Kirchenkreise und Landeskirche von Gremien geleitet werden, in denen haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende gemeinsam Leitung ausüben und die dadurch legitimiert sind, dass sie in einem Wahlverfahren für Leitungsaufgaben bestimmt werden. Die Stärke dieser Ordnung ist, dass viele Menschen in Entscheidungsprozesse einbezogen sind und Verantwortung tragen. Im Vorfeld von Entscheidungen werden ihre Erfahrungen gehört und ihre Interessen berücksichtigt. Die Beschlüsse haben danach eher selten eindeutige Gewinner und Verlierer. Sie sind meistens Kompromisse, die dann aber auch von vielen Menschen mitgetragen werden. Ein weiteres Plus der presbyterialen, an der Gemeinde orientierten Ordnung ist eine hohe Identifikation von Menschen mit ihrer eigenen Gemeinde: ein nicht zu unterschätzender Wert.

Die presbyterial-synodale Kirchenverfassung versucht damit Ernst zu machen, dass in der christlichen Gemeinde Männer und Frauen, Alte und Junge gleichermaßen mit Gottes Geist begabt sind und deshalb auch an der Leitung beteiligt sein sollen. Diesen Grundsatz kann man natürlich auch in anderen als gerade unseren Strukturen verwirklichen. Die Formen der Beteiligung sind situationsbedingt und müssen sich daraufhin befragen lassen, ob sie zur Lösung anstehender Probleme beitragen. Es kann durchaus sein, dass die Verfahren, die wir zur Zeit aus unserer Ordnung ableiten, die Geistkraft Gottes eher am Wirken hindern, als dass sie sie fördern.

Im vergangenen Jahr haben wir Eingriffe in die presbyterialen und synodalen Strukturen begründet abgelehnt. Trotzdem stellt sich die Frage, mit welchen Instrumenten wir nötige Entschei-

dungen herbeiführen und umsetzen wollen. Unsere Strukturen fördern das Beharrungsvermögen, das Festhalten am Bestehenden, wo Veränderung nötig wäre. Ich habe das in den letzten Monaten mehrfach am Beispiel der Verbindung von Pfarrwahlrecht der Presbyterien und Beamtenrecht der Pfarrerinnen und Pfarrer deutlich gemacht. Für beides gibt es gute Gründe. Beides kombiniert macht aber Personalplanung im Pfarrdienst nahezu unmöglich. Die presbyteriale und die synodale Ebene können sich gegenseitig blockieren. Dabei sollte der eigene Kirchturm doch gerade nicht die Grenze unseres Blickwinkels markieren, sondern genutzt werden zu einer weiten Sicht auch hinüber zu anderen Gemeinden, zum Kirchenkreis und der Gesamtkirche hin. Das Wir-Gefühl darf nicht auf die einzelne Gemeinde beschränkt bleiben, sondern muss ein größeres Wir umfassen.

3. Kirchenkreis

3.1. Diakonisches Werk

3.1.1. Ende April hat Herr Feix seinen aktiven Dienst als Leiter des Diakonischen Werkes in der Rheinstrasse beendet und ist in die passive Phase der Altersteilzeit eingetreten. Diakonieausschuss und Kreissynodalvorstand haben den anstehenden Wechsel in der Leitung langfristig vorbereitet. In meinem Bericht vor einem Jahr habe ich Sie darüber informiert. Unter Beteiligung der Mitarbeitervvertretung und der Gleichstellungsbeauftragten fiel im Dezember 2003 die Entscheidung, die Sozialpädagogin Edelgard Metzler als neue Leiterin für das Diakonische Werk einzustellen.

Leider hat sich bald nach Dienstantritt abgezeichnet, dass die Zusammenarbeit zwischen der neuen Leiterin und den Mitarbeitenden erhebliche Schwierigkeiten machte. Nach Einschätzung des KSV verteilen sich die ausschlaggebenden Faktoren auf alle Beteiligten. Die rigorose Abwehralhaltung des Teams hat sich jedenfalls zu ausdrücklicher Ablehnung gesteigert, und ein solches Gewicht bekommen, dass die sachliche Arbeit erheblich beeinträchtigt wurde. Der Konflikt ist eskaliert und hat die Handlungsfähigkeit der Einrichtung nach innen und außen in Frage gestellt.

Gespräche mit der Leiterin, dem Team, der Mitarbeitervvertretung und im Synodalen Diakonieausschuss haben beim Kreissynodalvorstand den Eindruck erhärtet, dass eine den Aufgaben des Diakonischen Werkes förderliche Zusammenarbeit nicht zu erwarten ist. Er hat daraufhin beschlossen, den Arbeitsvertrag mit Frau Metzler zum Ende der Probezeit zu kündigen. Dem Kreissynodalvorstand ist bewusst, dass die Ursachen für diese Entwicklung nicht allein auf Seiten von Frau Metzler zu suchen sind, sondern auch in der Einrichtung selbst liegen. Die Vorgänge haben Anzeichen eines Machtkampfes erkennen lassen. Das Verhalten von Mitarbeitenden wird vom Kreissynodalvorstand über weite Strecken nicht gebilligt. Allerdings sah er keine Chance mehr, dass die Arbeit in der vorhandenen Personenkonstellation sachlich und zielorientiert auf die Aufgaben des Werkes hätten ausgerichtet werden können.

Die Leitung des Diakonischen Werkes hat kommissarisch der Synodalbeauftragte für Diakonie und Vorsitzende des Diakonieausschusses, Pfarrer Wolfgang Eickhoff, übernommen.

3.1.2. Bei den Beratungen von Diakonieausschuss und KSV über die Wiederbesetzung der Leitungsstelle im Jahr 2003 sind wir davon ausgegangen, dass die Leitungsstelle noch einmal in vollem Umfang besetzt werden sollte. Nach einer Einarbeitungszeit hätten wir dann mit der neuen Leitung strukturelle Überlegungen anstellen können, die auf eine Veränderung des Stellenplans hinauslaufen sollten. Im Jahr 2006 wäre planbar die nächste Stelle durch Ruhestand freigeworden.

Mit dem unerwartet vorzeitigen Freiwerden der Leitungsstelle haben sich neue Rahmenbedingungen ergeben. Angesichts der Dynamik der Ereignisse in den letzten Monaten hält es der Kreissynodalvorstand für sinnvoll, vor einer erneuten Entscheidung über die Leitung die vorhandenen Arbeitsfelder und Aufgabengebiete jetzt schon genauer unter die Lupe zu nehmen. Wir haben deshalb nicht unmittelbar ein neues Bewerbungsverfahren eingeleitet, sondern wollen die ursprünglich für später geplanten strukturellen Überlegungen vorziehen. Das heißt, zunächst sollen die Arbeitsbereiche im Blick auf Umfang und Bedarf geprüft und die interne Struktur des Hauses analysiert werden. Dabei werden sich Diakonieausschuss und Kreissynodalvorstand extern beraten lassen. Wir sind mit zwei Beratungsfirmen im Gespräch, die Erfahrungen in der Diakonie haben, und recht zuversichtlich, dass wir mit Hilfe von außen zu mittelfristig tragfähigen Ergebnissen kommen.

Ein weiterer Gesichtspunkt hat zwischenzeitlich an Gewicht gewonnen. Die Entwicklung bei den Kirchensteuern, auf die ich noch näher eingehen werde, macht es erforderlich, den Festbetrag für

den Kirchenkreis in absehbarer Zeit zu reduzieren. Auf der Ebene des Kirchenkreises müssen wir also zu Einsparungen kommen. Für die Verwaltung werden derartige Überlegungen schon länger angestellt und sind durch derzeit freie Stellen auch leichter umsetzbar. Die neue Situation im Diakonischen Werk schafft auch dort einen gewissen Spielraum, den wir sinnvoll nutzen müssen.

Bei dem Beratungsprozess wird es um folgende Fragen gehen:

1. Welchen diakonischen Aufgaben wollen wir uns in Zukunft im Rahmen des Diakonischen Werkes in der Rheinstrasse stellen? Welche Schwerpunkte wollen wir setzen? Gibt es bestehende Aufgabenbereiche, die eingeschränkt, verändert oder aufgegeben werden können oder müssen? Gibt es neue Aufgaben, die an ihre Stelle getreten sind?
2. Welche Auswirkungen hat die sich verändernde sozialpolitische Landschaft auf die Struktur unserer bisherigen Arbeit? Welche internen Veränderungen sind durch die neuen Rahmenbedingungen erforderlich?
3. Welche finanziellen Mittel können (und wollen) wir mittelfristig für ein diakonisches Engagement im Rahmen dieser Einrichtung zur Verfügung stellen? Welchen Umfang können und sollen unsere Angebote künftig haben?

Wenn für diese Fragen mehr Klarheit geschaffen ist, können wir die nach der Leitung des Diakonische Werk sachgerechter beantworten. Wir hoffen, dass der Beratungsprozess Anfang Januar beginnen kann und wir Ihnen bei der Sommersynode 2005 erste Ergebnisse als Beschlussanträge vorlegen können.

3.2. Kirchliche Sozialstation e.V. in Neuwied

Die Kirchliche Sozialstation Neuwied ist ein eingetragener Verein, dessen Mitglieder die katholischen und evangelischen Kirchengemeinden der Stadt Neuwied, die Herrnhuter Brüdergemeine und die Evangelische Mennonitengemeinde Torney, Pommernstrasse sind. Der Vorsitz des Vereins wechselt zwischen den evangelischen und den katholischen Gemeinden. Beim letzten Turnus war niemand von evangelischer Seite bereit, den Vorsitz zu übernehmen, so dass die katholische Seite dankenswerter Weise die nächsten drei Jahre kommissarisch weiter den Vorsitz geführt hat.

Aus der Erfahrung, dass die Leitung einer Pflegeeinrichtung ehrenamtlich nur noch schwer zu besetzen ist, hat die Mitgliederversammlung 2003 eine Änderung der Rechtsstruktur ins Auge gefasst, und den Vorstand beauftragt, eine Umwandlung des Vereins in eine gemeinnützige GmbH vorzubereiten. Im September wurden der Mitgliederversammlung die Vorschläge erstmals vorgestellt und dort kritisch, aber konstruktiv diskutiert. Der vorgelegte Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsführervertrag sollten – so das Ergebnis der Beratungen – nachgebessert und damit annehmbarer gemacht werden. Die Frage, ob und wie eine aufsichtliche Begleitung des Geschäftsführers durch ein von der Gesellschafterversammlung bestimmtes Organ gegeben sein soll, blieb offen.

Im Nachhinein hat der Vorstand aus den vorgebrachten Bedenken den Schluss gezogen, ihm sei das Vertrauen entzogen worden. Mitglieder des Vorstands haben ihren Rückzug angekündigt. Damit kann der vorgesehene Zeitplan für die Umwandlung wohl nicht mehr eingehalten werden. Im Januar wird deshalb voraussichtlich noch einmal ein Vereinsvorstand zu wählen sein. Von evangelischer Seite steht diesmal mit Pfr. Rademacher ein Kandidat für den Vorsitz zur Verfügung. Die Aufgabe des alten wie des neuen Vorstandes ist, den Umwandlungsprozess voranzubringen, indem die aufgeworfenen Fragen geklärt werden, und eine Entscheidung vorzubereiten, mit der die Kirchliche Sozialstation längerfristig gut arbeiten kann.

3.3. Verwaltung – Rentamt

Das Jahr 2004 war im Rentamt durch erhebliche personelle Veränderungen gekennzeichnet. Ich berichte chronologisch der Reihe nach:

Zum 1. Juli wechselte Frau Kaulen, Sachgebietsleiterin in der Finanzabteilung, unerwartet, aus eher privaten Gründen in den kirchlichen Verwaltungsdienst nach Neuss. Im September begann der Mutterschutz für Frau Neitzert, die den meisten von Ihnen durch die Protokollführung bei den Kreissynoden und dann als Frau Herzog bekannt ist. Die Aufgaben von Frau Neitzert hat am 13. September Frau Daniela Garth übernommen. Frau Garth ist nach Abschluss der kirchlichen Ausbildung von Wetzlar zu uns nach Neuwied gewechselt. An dieser Stelle heiße ich Sie herzlich willkommen in der hoffentlich nicht mehr allzu fremden neuen Umgebung.

Ebenfalls im September hat der Kreissynodalvorstand beschlossen, die Stelle der Leitung in der Personalabteilung zum 01.01.2005 mit Frau Karin Usemann aus Bonn zu besetzen. Wie manche von Ihnen vielleicht wissen, ist Herr Schütz schon längere Zeit krank. Anfang Oktober wurde er rückwirkend zum 01.04.2003 in den Ruhestand versetzt. Er wird also seinen Dienst nicht mehr aufnehmen. In den nächsten Wochen wird er im Kreise der Mitarbeiterschaft verabschiedet werden. In welchem Rahmen das sein wird, muss noch mit ihm selbst besprochen werden. An dieser Stelle möchte ich ihm jedenfalls für seine Arbeit im Kreiskirchlichen Rentamt herzlich danken. Er war 30 Jahre lang dort tätig und ist so etwas wie ein rentamtliches Urgestein. Er war in dieser langen Zeit irgendwann einmal für fast jeden Bereich verantwortlich, zuletzt hat er die Personalabteilung geleitet.

Bereits jetzt zeichnen sich weitere personelle Veränderungen für das kommende Jahr ab. Frau Meyer wird zum 30. Juni 2005 in den Ruhestand gehen und Frau Bachmann wird im Juli nach 3jähriger Elternzeit zurückkommen.

Ob die im Zusammenhang der personellen Wechsel angestrebten Änderungen verlässlich greifen, wird sich zeigen müssen. Geht man vom Mitarbeitendenstand im Jahr 1997 aus, soll im Sommer 2005 eine Einsparung von 1,5 Mitarbeiterstellen erreicht sein. Wie genau die Reduzierung organisatorisch realisiert werden kann, hängt auch davon ab, ob im Bereich des BAT die Erhöhung der Wochenarbeitszeit umgesetzt wird. Wegen dieses Unsicherheitsfaktors kann hier und heute nichts genaueres zur künftigen Stellen- und Arbeitsverteilung im Rentamt gesagt werden.

3.4. Finanzen

3.4.1. Auf der Grundlage der Steuerauswertung von 1999-2001 hat der Kreissynodalvorstand in seiner Funktion als Kirchensteuerverteilerausschuss des Kirchenkreises Wied einen neuen Kirchensteuerverteilungsschlüssel beschlossen. Durch die Neuberechnung verschieben sich die Anteile der Kirchengemeinden erheblich. So verlieren zum Beispiel die Neuwieder Stadtgemeinden ausnahmslos (manche einen Prozentpunkt und mehr), während andere Anteile steigen, die der Gemeinden Linz und Rengsdorf sogar um mehr als 2 Prozentpunkte. Zu den Verlierern der Neuverteilung gehören überwiegend Gemeinden, die Trägerinnen größerer Einrichtungen, also von Kindertagesstätten sind. Die erheblichen Verluste können nur durch ein kompliziertes System von Zuweisungen aus Finanzausgleichsmitteln aufgefangen werden (siehe in der Anlage 2.2. „Ausgleich Mindereinnahmen durch inner- und übersynodalen Finanzausgleich“ die drei Säulen C1 bis C3). Die weniger erfreuliche Kehrseite für die Gewinner ist, dass sie stärker zu den Umlagen herangezogen werden.

Auch wenn Sie bei den Vorberatungen für ihre jeweiligen Gemeindehaushalte vielleicht erleichtert gedacht haben, dass unter dem Strich doch ein relativ ausgeglichener Haushaltsplan für 2005 herauskommt, möchte ich Sie auf einen Faktor aufmerksam machen, der beunruhigend ist. Wenn Sie die Einnahmen, die Ihren Haushalt speisen, genauer ansehen, werden Sie merken, dass in der Regel nur noch 2/3 der Einnahmen direkt aus den Kirchensteuern des laufenden Jahres kommen. Das dritte Drittel kommt aus Mitteln des inner- und übersynodalen Finanzausgleichs.

Der innersynodale Finanzausgleich, also der geringere Teil, wird dabei jährlich per Umlage von den reicheren Gemeinden des Kirchenkreises abgeschöpft. Der größere Teil der Ausgleichsmittel kommt aus einer Rücklage, die wir im Kirchenkreis gebildet haben. Als der Kirchenkreis Wied Mitte der neunziger Jahre in den Genuss übersynodaler Ausgleichszahlungen kam, hat der Kreissynodalvorstand entschieden, diese Mittel nicht im vollen Umfang an die Gemeinden weiterzugeben, sondern einen erheblichen Teil in einer Rücklage zu sammeln. Auf dieses Polster sollte zurückgriffen werden, wenn der damals schon absehbare Abschwung bei den Kirchensteuern eintritt. Das ist seit zwei, drei Jahren der Fall.

Was mich sehr beunruhigt und worauf ich Sie ausdrücklich aufmerksam machen möchte, ist, dass ungefähr ein Drittel der Einnahmen in den gemeindlichen Haushalten aus diesen Rücklagen der fetten Jahre besteht. Die Haushalte werden nicht aus den aktuellen Einnahmen ausgeglichen. Aber wir wissen alle, Rücklagen sind begrenzt. Sie werden aufgebraucht und stehen deshalb nicht für immer zur Verfügung. Das müssen wir uns deutlich klarmachen, um die derzeitige Haushaltslage realistisch einzuschätzen. Wir müssen mittelfristig auf Haushalte zugehen, die ohne diese Rücklagen auskommen.

3.4.2. Wie bereits im letzten Jahr angekündigt, steigen die Pfarrstellenkosten. Zwar ist die Pfarrbesoldungspauschale für 2005 mit rund 85.000,- € gegenüber dem Jahr 2004 leicht gesun-

ken, die Umlage zur Deckung der übrigen Kosten der Pfarrbesoldung ist dagegen von 6,15% auf 7,6% gestiegen. In absoluten Zahlen werden wir für den Bereich Pfarrstellen im kommenden Jahr rd. 122.000,- € mehr zahlen, das sind ca. 6,5 % mehr (Basiswert 2004). Wir haben in den letzten Monaten mehrfach diskutiert, welche Folgerungen für die Pfarrstellen daraus zu ziehen sind. Ich brauche das heute nicht zu wiederholen.

3.4.3. Im Blick auf das Gesagte insgesamt sollten wir Konsequenzen ziehen.

1. Die Kreiskirchliche Umlage, die seit einigen Jahren als Festbetrag unabhängig vom Kirchensteueraufkommen, allerdings nach dem Kirchensteuerverteilerschlüssel erhoben wird, muss in absehbarer Zeit gesenkt werden. Dabei sind in die Bereichen Verwaltung und Diakonisches Werk Einsparungen unausweichlich. Das habe ich für beide Bereiche unter den entsprechenden Punkten oben schon konkreter ausgeführt.

Weitere Einsparungen im kreiskirchlichen Haushalt müssen aber auch Bereiche betreffen, die bisher geschont worden sind: freiwillige Leistungen, Mitgliedschaften. Ich verweise dazu auf die Aufstellungen, die die Sonderkommission Finanzen im Jahr 1999 erarbeitet hat.

2. Die Kreissynode sollte den Finanzausschuss und den Kreissynodalvorstand beauftragen, zur nächsten Sommersynode Vorschläge vorzulegen, wie die Ausgaben des Kirchenkreises reduziert werden können. Diese Vorschläge sollten konkret sein und zu Beschlüssen führen, die schon im Haushalt 2006 zu Reduzierungen führen.
3. Die Gemeinden müssen darüber nachdenken, wie sie ihre Haushalte den wirklichen Kirchensteuereinnahmen anpassen wollen. Das heißt, sie müssen ihre Ausgaben so planen, dass sie mittelfristig ohne die Zuweisungen aus dem übersynodalen und mit geringeren Mitteln aus dem innersynodalen Finanzausgleich zurecht kommen. Der Anpassungsprozess sollte schrittweise erfolgen, solange noch Zeit und Spielräume für Entscheidungen da sind.
4. Die durch den neuen Steuerschlüssel besonders betroffenen Gemeinden können dadurch entlastet werden, dass die Pfarrstellenerträge bei den Gemeinden bleiben. Damit kommt zwar kein müder Euro mehr ein, aber die entsprechenden gemeindlichen Haushalte, bzw. ihr Beitrag zu den Pfarrstellenkosten, wäre deutlich gemindert. Diesen Vorschlag hat Herr Weber bereits mehrfach vorgetragen. Angesichts der aktuellen Verschiebungen gewinnt er noch einmal zusätzlich an Plausibilität.

3.5. Evangelische Kinder- und Jugendhilfe Oberbieber: neue Satzung

Die Gespräche zwischen Kreissynodalvorstand und Vorstand bzw. Verwaltungsrat der Ev. Kinder- und Jugendhilfe Oberbieber über eine Veränderung der Satzung sind im Frühsommer zum Abschluss gekommen. Die wesentliche Veränderung ist die Trennung von Aufsicht und Leitung bezogen auf Verwaltungsrat und Vorstand. Das ist von Seiten des Kreissynodalvorstands und des Vorstandes gleichermaßen gewollt. Die Trennung von Aufsicht und Leitung im Bereich von Vorstand und Geschäftsführung ist dagegen aufgehoben worden. Dieser Punkt hat den KSV an der Zustimmung zur Satzung gehindert. Um die Satzungsfrage nicht zu blockieren, hat der Kreissynodalvorstand gebeten, von der Mitverantwortung für die Einrichtung entlastet zu werden und die Mitglieder des Verwaltungsrates in Zukunft durch die Kreissynode zu benennen. Die dahingehend überarbeitete Satzung ist vom Verwaltungsrat erwartungsgemäß positiv aufgenommen und beschlossen worden. Sie finden heute erstmals unter dem TOP Wahlen einen Vorschlag für den Verwaltungsrat der Ev. Kinder- und Jugendhilfe. Bisher wurde diese Berufung vom Kreissynodalvorstand ausgesprochen. Jetzt verfahren wir nach der veränderten Satzung.

3.6. Personen

3.6.1. Für die im Sommer 2005 freiwerdende 1. kreiskirchliche Pfarrstelle – Religionsunterricht an berufsbildenden Schulen in Neuwied - lag die Bewerbung von Pfarrer Bernd Ahrens aus Honnfeld vor. Die Lehrproben fanden Ende September statt. Von Seiten der Schule und der Schulaufsicht, sowie der Schulabteilung im Landeskirchenamt wurde die Lehrproben sehr positiv bewertet, so dass der Kreissynodalvorstand in seiner Oktober-Sitzung Pfr. Ahrens in die 1. kreiskirchliche Pfarrstelle berufen hat. Zum 01.08.2005 wird er die neue Stelle antreten.

3.6.2. Ende letzten Jahres ist der Pastor i. S. Ernst Detlef Flos in eine Pfarrstelle der Ev. Kirche in Hessen und Nassau berufen worden. Das Landeskirchenamt hat auf Antrag des KSV die Son-

derdienststelle neu errichtet. Seit dem 01. Februar arbeitet der bisherige Pfarrer z.A. Arne Huwald (bisher Anhausen und Ev. Kinder- und Jugendhilfe Oberbieber) mit 50% in der Jugendarbeit der Innenstadtgemeinden und mit 50% in der City-Kirchen-Arbeit der Marktkirchengemeinde.

3.6.3. Im Berichtszeitraum wurden die 10-Jahres-Gespräche mit Pfarrer Christoph Schwaegermann in Linz und Pfarrer Hartmut Ohlendorf in Engers geführt. In diesem Jahr steht das 10-Jahres-Gespräch mit Pfarrer Rüdiger Kindermann in Honnefeld an.

4. Gemeinden

4.1. Presbyteriumswahlen im Februar 2004

Am 15. Februar wurden in den Gemeinden der Evangelischen Kirchen im Rheinland die Presbyterien neu gewählt. Auffallender Trend: die Wahlbezirke, in denen keine Wahl stattfand, nahmen landeskirchenweit von 37% auf 42% zu. In fast jedem zweiten der rd. 1400 Wahlbezirke fand keine Wahl statt. Tatsächlich wählen durften damit 12% weniger Gemeindeglieder als noch vor vier Jahren. Wäre es nur nach der Gemeindegliederentwicklung gegangen, hätten es nur 4,6% weniger Wahlberechtigte sein dürfen. Die Wahlbeteiligung lag bei 10,4%, etwa ähnlich wie im Jahr 2000. Die Leitung in unserer Kirche geht von den Gemeinden aus. Sie wählen die Presbyterien, die die Pfarrstellen besetzen und die Gemeinden leiten. Wenn nahezu die Hälfte der Gemeinden von diesem Recht keinen Gebrauch macht, stellt sich die Frage, wie ernst es uns mit der Berufung auf die presbyterial-synodalen Ordnung ist.

Angesichts der komplizierter werdenden Entscheidungen in unserer Kirche ist es andererseits unumgänglich, dass wir die ehrenamtlich in unserer Kirche Mitarbeitenden, gerade auch die ehrenamtlich Leitenden in ihrer wichtigen Aufgabe unterstützen und ihnen Fortbildungsmöglichkeiten anbieten. Ein Schritt auf diesem Weg war der Presbyterstudientag, den der Synodale Bildungsausschuss am 25.09.2004 vor allem, aber nicht nur für die neu ins Amt gewählten Presbyterinnen und Presbyter veranstaltet hat.

4.2. Zusammenschluss der Evangelischen Kirchengemeinde Heddesdorf und der Evangelischen Johanneskirchengemeinde Neuwied zum 01.01.2005

Bei dieser Tagung der Kreissynode sind zum letzten Mal 18 Kirchengemeinden vertreten. Wenn wir im Sommer 2005 wieder zusammenkommen, werden es nur noch 17 Gemeinden sein. Denn am 01.01.2005 tritt der Beschluss der Presbyterien der Kirchengemeinde Heddesdorf und der Johanneskirchengemeinde in Kraft, die beiden Gemeinden zu einer zu vereinigen.

Vor 50 Jahren begannen sich aus der Kirchengemeinde Heddesdorf zwei selbständige Gemeinden zu entwickeln, ab 1968 waren sie getrennt für sich. Nun geht die Entwicklung wieder in die umgekehrte Richtung. Aber man steigt nicht zweimal in denselben Fluss. Die Umstände, die zur Trennung führten, sind andere als die, die heute für die Zusammenlegung sprechen. Dass beide Presbyterien nach gründlicher Überlegung den Übergang einvernehmlich und konstruktiv gestalten, ist mehr als erfreulich. Evangelische Friedenskirchengemeinde Neuwied wird die neuen Gemeinde heißen. Wir wünschen ihr Schalom, Frieden und Gottes Segen.

4.3. Ev. Trinitatis-Kirchengemeinde Linz-Unkel

Und noch ein neuer Name: Die Evangelische Kirchengemeinde Linz hört seit kurzem auf den schönen Namen Evangelische Trinitatis - Kirchengemeinde Linz-Unkel. Versteckter als bei Heddesdorf und Johannes, aber nicht weniger real drückt auch diese Namensgebung etwas Versöhnliches aus. Beide Bezirke erscheinen im Namen der einen Gemeinde. Damit ist nach außen sichtbar eine über 8jährige, schmerzreiche Auseinandersetzung beigelegt.

4.4. 800-Jahrfeiern in den Gemeinden Dierdorf, Anhausen und Urbach

Einem Rechtsstreit verdanken einige Gemeinden des Kirchenkreises ihre erste urkundliche Erwähnung, bzw. die erste Erwähnung ihrer Kirchen im Jahre 1204. Zumindest in Dierdorf, Anhausen und Urbach (ich meine auch in Feldkirchen?) wurde das zum Anlass für arbeitsintensive, aber auch vergnügliche, jedenfalls weithin beachtete 800-Jahr-Feiern genommen. Es würde zu weit führen, die Bemühungen von Kirchen- und Zivilgemeinden, haupt- und ehrenamtlich engagierten Menschen hier einzeln zu würdigen. Im Paket will ich das aber tun: Festschriften, Theater - Aufführungen, Gemeindefeste, Vortragsveranstaltungen und musikalische Leckerbissen haben die Zusammenarbeit von Kommunalgemeinden und Kirchengemeinden belebt, das Bewusstsein für die Vergangenheit und die eigene Identität gestärkt und den Akteuren auch einfach Spaß gemacht.

4.5. Visitationen

Erst im April 2004 haben wir die Visitation in Oberbieber mit dem zweiten Gespräch zwischen Kreissynodalvorstand und Presbyterium abgeschlossen. Der wesentliche Teil dieser Visitation hat im Herbst 2003 stattgefunden. Für das Jahr 2004 hat der Kreissynodalvorstand auf die Durchführung von Visitationen ganz verzichtet, weil Presbyteriumswahlen, Neukonstituierung der Kreissynode und Neuwahl des Kreissynodalvorstands auf allen Ebene große Veränderung mit sich bringen. Visitationen sind dabei kaum eine Hilfe, eher zusätzliche Belastungen. In Gestalt der neuen Visitationsordnung wird uns das Thema allerdings heute beschäftigen. Der Kreissynode und den Gemeinden wird die Möglichkeit eröffnet, sich an der Gestaltung der Visitation und der Bestimmung der Rahmenbedingungen zu beteiligen.

4.6. Gebäude

4.6.1. Die Kirchengemeinde Raubach muss die alte Schule, die sie erst vor einigen Jahren erworben hat, abreißen. Die Bausubstanz hat sich als dermaßen schlecht herausgestellt, dass ein weiterer Betrieb Leib und Leben gefährdet und nicht mehr verantwortet werden kann. Die Räumlichkeiten für das Gemeindebüro müssen aus diesem Grund renoviert und um sanitäre Anlagen erweitert, das riesige Aussenglände, der Vorplatz der Kirche, muss gestaltet werden. Ein dicker Batzen für eine finanziell schwache Gemeinde.

4.6.2. In der Kirchengemeinde Feldkirchen fallen die Planungen für eine grundlegende Sanierung und Erweiterung des Gemeindehauses an der Feldkirche in die Zeiten spürbarer finanzieller Engpässe. Damit wird das Projekt zu einer großen Herausforderung für Presbyterium und Gemeindekasse. Feldkirchen hat sich lange Zeit in außerordentlicher Bescheidenheit geübt. Jetzt scheint es ausgerechnet für diese Gemeinde problematisch, die dringend erforderlichen Maßnahmen durchzuführen.

4.6.3. In der Kirchengemeinde Niederbieber stehen zwei große Projekte an. Einmal müssen Dach und Installation in der Kindertagesstätte erneuert werden. Zum zweiten muss das Pfarrhaus am Kirchberg im Bereich des Bruchsteinkellers trockengelegt werden. Zusammen mit den flankierenden Maßnahmen sind das zwei umfangreiche Pakete, die die Rücklagenmittel der Gemeinde erheblich mindern und die Zinseinnahmen senken werden.

5. Ökumene

5.1. Katholisches Dekanat Neuwied-Linz-Waldbreitbach

In den katholischen Gemeinden gehen große Veränderungen vor sich. Nach Auflösung der Region Koblenz im Bistum Trier haben wir es mit einem katholischen Dekanat zu tun, das im Zugschnitt unserem Kirchenkreis, also etwa dem Landkreis Neuwied, entspricht. Der neue Dechant, Clemens Hombach, ist Pfarrer in Linz. Er wird sein Dekanatsbüro in Neuwied haben. Damit hat die katholische Kirche organisatorische Einheiten geschaffen, die unseren durchaus ähnlich sind. Das wird die Zusammenarbeit erleichtern. Die ersten Kontakte mit Herrn Hombach waren sehr freundlich. Einvernehmlich haben wir in diesem Jahr auf die evangelisch-katholische Gesprächsrunde mit Landrat und Bürgermeistern verzichtet, weil auf katholischer Seite viele interne Fragen zu klären sind. Wir haben es für das nächste Jahr wieder ins Auge gefasst.

5.2. Ökumenischer Studientag

Stattgefunden hat dagegen auf Einladung der Kirchenkreise Altenkirchen und Wied und der Dekanate Kirchen und Neuwied der Ökumenische Studientag der Seelsorgerinnen und Seelsorger. Es ging um „Ordination, Dienst und Ämter“. Anlass war der entsprechende Beschluss unserer Landessynode „Ordination, Dienst und Ämter nach evangelischem Verständnis“. Überwiegend praktische Gründe haben in der rheinischen Kirche eine intensive theologische Beschäftigung mit „Ordination, Dienst und Ämter(n) nach evangelischem Verständnis“ zur Folge gehabt. Dr. Markus Dröge aus Koblenz hat uns den rheinischen Beschlusstext vorgestellt und Dr. Siegfried Schmitt, der Ökumenedezernent des Bistums Trier, hat katholische Anfragen dazu formuliert. Durch den Austausch in Gruppen haben wir versucht, ein vertieftes Verständnis der Gemeinsamkeiten und Unterschiede unseres jeweiligen Amtsverständnisses zu gewinnen, die Gemeinschaft in dem Dienst zu stärken, den wir an verschiedenen Orten und unter unterschiedlichen Voraussetzung an dem einen Leibe Jesu Christi tun.

5.3. Ökumenische Vereinbarungen in der Oberen Grafschaft

Die evangelischen und katholischen Gemeinden der Oberen Grafschaft möchten ihre gute Zusammenarbeit sichtbar, organisiert auf sichere Beine stellen. Längere Zeit wurde überlegt, ob nach dem Vorbild der neuwieder Gemeinden eine Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) gegründet werden soll. Dieser Weg scheint derzeit nicht sinnvoll zu sein. Dagegen findet der Gedanke der Nachbarschaftsökumene und der Ökumenischen Vereinbarungen Zustimmung. Im Rahmen der 800-Jahr-Feiern haben die evangelische und die katholische Gemeinde Dierdorf mit Zustimmung des Bistums Trier und der Evangelischen Kirche im Rheinland eine Vereinbarung unterzeichnet. Sie würdigt die bestehende Zusammenarbeit und schreibt Perspektiven für die gemeinsame künftige Arbeit fest. Wertvoll sind die Gespräche und Prozesse, die zu solcher Verständigung führen. Die schriftlichen Ergebnisse festigen die Gemeinschaft der konfessionell verschiedenen Gemeinden über den Tag hinaus und geben ihr Beständigkeit, die nicht allein vom Engagement einzelner Menschen abhängt.

5.4. Aufenthalt von Carlos Mambrasar, Sorong/West-Papua, in Deutschland und im Kirchenkreis Wied

Nachdem 2003 eine Gruppe Jugendlicher aus dem Kirchenkreis Wied unseren Partnerkirchenkreis Maybrat in West Papua, Indonesien, besucht hat, ergab sich Anfang dieses Jahres die Möglichkeit, einen Menschen einzuladen, der für die Zukunft der Partnerschaft eine wichtige Rolle spielen soll. Carlos Mambrasar ist Lehrer in Sorong, dem Nachbarkirchenkreis von Maybrat. Er unterrichtet Deutsch und hat die Jugendgruppe begleitet und für sie übersetzt. Von Januar bis März hat er jetzt an einem Sprachkurs im Ökumenischen Institut in Bochum teilgenommen. Anschließend war er bis Mitte Juni in unserem Kirchenkreis.

In dieser Zeit hat Carlos Mambrasar bei Familien in Puderbach, Urbach, Linz, Oberbieber, Dierdorf gewohnt und den Alltag deutscher Kirchengemeinden kennen gelernt. Er hat in einer Grundschule und im Martin-Butzer-Gymnasium hospitiert und Einblick in die Partnerschaftsarbeit gewonnen. Mit ihm haben wir zum ersten Mal eine Kontaktperson in West Papua, die uns näher kennt und dadurch ein Vermittler gegenüber unserem Partnerkirchenkreis sein kann. Wir hoffen, dass damit das Fundament der Partnerschaft auch für die Zukunft befestigt ist. Mit einem anderen Baustein für die Partnerschaft mit Maybrat, dem Antrag des Partnerschaftsausschusses zur Errichtung einer Stiftung, werden wir uns heute noch beschäftigen.

6. Denkt an eure Lehrer (und Lehrerinnen), die euch das Wort Gottes gesagt haben ...

Von zwei Ereignissen möchte ich zum Schluss wenigstens im Stenogrammstil berichten.

6.1. Ausstellung: Frauen gestalten Frauengestalten

Ein Zugang zur Bibel und ihrer Wirkung auf Menschen ist die Beschäftigung mit dem Leben von Menschen, die sich ihrer Botschaft gestellt und ihr Leben davon haben bestimmen lassen. Studentinnen der Ev. Fachhochschule Hannover und Frauen aus einer evangelischen Kirchengemeinde bei Hannover haben Anfang der neunziger Jahre nach Frauen in der Geschichte der christlichen Kirche gesucht. Was sie fanden, hat sie so bewegt, dass sie ihm sichtbare Gestalt geben wollten. Sie haben Frauenfiguren aus 17 Jahrhunderten mit einfachen Materialien, Draht, Gips, Stoffe lebensgroß „nachgebaut“. Die Ausstellung wird in Kirchen und gottesdienstlichen Räumen gezeigt: 14 Tage lang war sie in der Heddesdorfer Kirche zu Gast. Die Anwesenheit der Figuren im Kirchenraum, ihre Präsenz nicht nur in der Zeit der Ausstellung, sondern im alltäglichen Leben einer Gemeinde, beim Gottesdienst, bei der Chorprobe, im Kindergottesdienst lassen sinnfällig werden, dass wir als Christinnen und Christen in der Gegenwart nicht allein gelassen sind, dass wir – wie der Schreiber des Hebräerbriefs (12,1) formuliert – umgeben sind von einer Wolke von Glaubenszeuginnen und Glaubenszeugen aus allen Teilen der Welt und allen Zeiten der Kirche, eine Wolke, die uns stärkt und ermutigt, zur Ausdauer und zum gelassenen Vertrauen ermahnt, die uns mit Ideen begabt und in ihren Schutz nimmt.

6.2. Zum 100. Geburtstag von Superintendent Gerhard Petry

Damit sind wir bei einem anderen Wort aus dem Hebräerbrief und meinem letzten Punkt angelangt.

„Denkt an eure Lehrer (und Lehrerinnen), die euch das Wort Gottes gesagt haben ...“ heißt es in Hebräer 13,7. Die Marktkirchengemeinde hat sich Ende März an ihren Pfarrer Gerhard Petry er-

innert. Sein 100. Geburtstag wäre im April gewesen. Gerhard Petry war von 1947 bis 1973 Pfarrer der Marktkirche, die längste Zeit davon gleichzeitig Superintendent des Kirchenkreises Wied. 1956 wählte ihn die Kreissynode in dieses Amt. 16 Jahre lang gehörte ein großer Teil seiner Kraft neben der Gemeindegemeinschaft dem Kirchenkreis. Die Jahre, in denen er für die Gemeinden des Kirchenkreises Verantwortung trug, waren eine Zeit der äußerlichen Konsolidierung der kirchlichen Verhältnisse. Steigende Gemeindegliederzahlen, wachsende Kirchensteuereinnahmen, räumliche und personelle Vergrößerung der kreiskirchlichen Einrichtungen, eine erstaunliche Akzeptanz in der Gesellschaft. Staatliche und gesellschaftliche Institutionen achteten die Kirche hoch.

Diese Entwicklung wird in den Superintendentenberichten Gerhard Petrys bemerkenswert nüchtern betrachtet und sehr kritisch bewertet. Der vordergründige Aufschwung blendet ihn nicht. Im Gegenteil, in großer Ehrlichkeit versucht er, sich und den Gemeinden illusionslose Rechenschaft über die Lage zu geben. So stabil die Kirche nach außen scheinen mag, die Mehrheit ihrer Mitglieder steht der christliche Botschaft gleichgültig gegenüber. Bemerkenswert ist, dass Gerhard Petry die Schuld dafür nicht in erster Linie bei den Menschen, der Gesellschaft und ihrer Gleichgültigkeit sucht, sondern bei der Kirche selbst. Als Volkskirche – sagt er – kann sie nicht glaubwürdig sein. Ihre Struktur widerspricht ihrer Botschaft, widerspricht dem Evangelium von Jesus aus Nazaret. Petry leidet an der geschichtlich gewordenen Gestalt seiner Kirche, an ihrer Trägheit und Müdigkeit. Er macht sich und seiner Synode die Zeitgebundenheit gottesdienstlicher und anderer kirchlicher Arbeitsformen bewusst und ermutigt die Gemeinden, neue, zeitgemäßere zu erproben. Die Gemeinden sollen ihre Gegenwart und Umwelt wahrnehmen und auf neue Entwicklungen eingehen, um die Menschen dort mit der guten Nachricht anzusprechen, wo sie wirklich sind. Er ist auf der Suche nach frischen und unverbrauchten Formen, wie christlicher Glaube in der Gemeinde gelebt werden kann. Glaube ohne Gemeinde – davon ist er überzeugt – ist unpolitisch, individualisiert und also wirkungslos. Aber Rezepte, wie die lebendige Gemeinde gebaut, Ratschläge, wie die Zukunft der Kirche zu bewerkstelligen sei, verteilt er nicht. Die schmerzliche Ratlosigkeit muss ausgehalten werden. Das mutet er sich und nicht minder den Gemeinden zu.

Am Ende seines letzten Berichtes am 12. Juni 1972 erinnert er an die Geschichte von Petrus, der aus dem Boot steigt und Jesus auf das Meer hinaus folgt. Dann sieht er auf den Wind und beginnt zu sinken.

„Der Wind, auf den wir heute sehen sind die leeren Kirchenbänke, ist die Tatsache, dass das Evangelium von Jesus Christus so ganz und gar nicht gefragt ist, ist unsere Ratlosigkeit, ... der Wind, das ist heute die Erkenntnis ..., dass die Kirche eine alt, uralte gewordene ... Institution ... ist, inmitten einer sich umwerfend *verändernden* Welt. ...

Was uns in dieser Situation allein retten kann, ist dies, dass wir trotz allen Windes nicht aufhören auf den Herrn zu sehen. ... Die große Gefahr für die Kirche ist jetzt nicht der Wind, sondern die Sünde der Verzweiflung. ...

Weil der Herr der Kirche heute derselbe ist, der damals entgegen Wind und Wellen den sinkenden Jünger vom Tode errettete, darum haben wir Hoffnung für die Kirche. ... Dass die Hoffnung entscheidend zum Glauben gehört, bedeutet, dass wir alle Tage am Anfang stehen, auch am Anfang des Glaubens, dass wir jeden Tag auf das Wunder des heiligen Geistes warten.“

Ich wünschte mir, dass wir miteinander von Gerhard Petry lernten: nachdenklich und kritisch, unbestechlich und nüchtern, fragend und hoffnungsvoll, bescheiden und darin der eigenen Sache gewiss zu leben. Ich wünsche das für mich, für uns hier in der Kreissynode und für die Gemeinden und Arbeitsbereiche, in denen wir tätig sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.